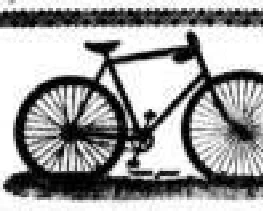
Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.
Bezugsgebühr vierteljährlich M. 2.50, durch die Post M. 2.75, im Ausland mit entsprechendem Postzuschlag.
Annahme von Ankündigungen: Marienstr. 38 Vorm. 8-5 Uhr Nachm., Sonntags Vorm. 11-1 Uhr Mittags. In Neustadt: Gr. Klostergasse 5 nur an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags.
Die 1spaltige Grundzeile (ungefähr 8 Silben) 15 Pfg., für Montags oder nach Feiertagen 20 Pfg. Unterm Strich (Eingef.) Zeile 40 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 30 Pfg.
Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung.
Ankündigungen nehmen sämmtliche namhafte Vermittelungsstellen an. Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Fernsprechstelle Nr. 11.

Dresdner Nachrichten

40. Jahrgang. Dresden, 1895.

Jackets- und Joppen-Anzüge für Knaben und Jünglinge. Schlafrock-Meyer. Frauenstrasse 7.

Erstes Tapeten-Special-Geschäft Dresdens. F. Schade & Co. Victoriastrasse 2. Fernsprecher Amt I, Nr. 488.



F. B. Müller
Dresden, 2 Mathildenstr. 2
(Grunaerstrasse)
Grösstes Lager von Neuheiten
95er Orig. „Humber" Fahrräder.

Dresden, Seestr. 5. Berlin. Breslau. Hamburg. Leipzig. München.
Billig, reell, sorgfältig, schnell. Ankauf v. Erfindungen.
Dr. J. Schanz & Co.
Patente

Aut Optimum aut nihil!
Schlick & Hinkelmann
Amalienstrasse 12.

Dresdner Vernickelungs-Anstalt von Otto Büttner, Falkenstrasse 1 3 (Hofgebäude).

Nr. 108. Spiegel: Bewegungen in Mittel- und Südamerika. Hofnachrichten, Hofrathspartei. Kinderpflege-Ausstellung. Haushaltungsschule, Gerichtsverhandlungen. Gewerbehaus-Kapelle. | Vermuthliche Witterung: Heiter, beständig. | Donnerstag, 18. April.

An unsere geehrten Leser und Inserenten.

Wie bekannt, sind seit dem 1. April d. J. die Bestimmungen über die **Sonn- und Festtagsruhe** gemäß dem Arbeiterschutzgesetz vom 1. Juni 1891 für die Gewerbe in Kraft getreten und dieselben finden **vom 1. Mai ab** auch auf den Druckereibetrieb **unseres Blattes** Anwendung. Nach diesen Bestimmungen muß unser gesammter Druckereibetrieb an allen Sonn- und Feiertagen von 6 Uhr Morgens bis 6 Uhr Morgens des nächstfolgenden Werktages ruhen. Hieraus erwachsen uns für die Herstellung der Montagsblätter bez. der Blätter, welche an Werktagen nach Feiertagen erscheinen, erhebliche Schwierigkeiten, zumal diese Nummern in die Hände unserer geehrten Leser in Dresden und in den Vororten schon in den **Vormittagsstunden** (von 10 Uhr ab in unserer Geschäftsstelle) gelangen, während die Exemplare für unsere auswärtigen Leser bereits mit den Vormittags- und Mittagszügen befördert werden.

Sollten sich an den ersten Tagen mit dieser veränderten Erscheinungsweise infolge der Neuheit der Einrichtung Unregelmäßigkeiten ergeben, so bitten wir für den Anfang um gütige Nachsicht.

Unter diesen veränderten Verhältnissen sehen wir uns aber gezwungen, **für diese Nummern** theilweise einen **erhöhten Insertionstarif** einzuführen. Nach diesem Tarif stellt sich der Preis der 8silbigen **Grundzeile** (Petit) **wie bisher an Montagen oder den auf Feiertage folgenden Werktagen auf 20 Pfg.** für:

Familiennachrichten (Geburts-, Verlobungs-, Vermählungs- und Todes-Anzeigen) sowie alle Inserate, welche sich auf an diesen Tagen stattfindende öffentliche Veranstaltungen, Concerte, Theateraufführungen 2c. beziehen.

Für alle anderen Inserate beträgt der Preis der 8silbigen **Grundzeile** (Petit) in **diesen** Nummern **30 Pfg.** (unter dem Strich 80 Pfg.; Reklamen auf der Privatseite 40 Pfg.).

Gleichzeitig richten wir an unsere geehrten Auftraggeber das dringende Ersuchen, die für diese Nummern bestimmten Inserate uns möglichst zeitig, d. h. an den Sonnabenden bez den einem Feiertag vorangehenden Werktagen zugehen zu lassen. Für die in den Geschäftsstunden an Sonn- und Feiertagen aufgegebenen Inserate wird für deren Erscheinen in der nächsttägigen Nummer eine Gewähr nicht geleistet.

Ausdrücklich sei erwähnt, daß in der Erscheinungsweise der Sonntags-Nummern keinerlei Veränderung eintritt.

Die Geschäftsstelle der „Dresdner Nachrichten".

Politisches.

Die „Vereinigten Staaten" von Mittel- und Südamerika wollen des Haders noch immer nicht müde werden. Seit einer Reihe von Jahrzehnten war es zwar bereits politische Usance in jenen gesegneten Gegenden, daß ein Revolutiönchen das andere ablöste. Diese Revolutiönchen hatten indeß wenigstens den Vorzug, daß sie gemeiniglich nicht allzu blutig verliefen und sich hübsch in Zwischenpausen hintereinander abwickelten. Blut ist aber, wie man sagt, ein ganz besonderer Saft, der nicht fortgesetzt leichtfertig vergossen werden darf, ohne daß er sich bitter an seinen Vergeudern rächt. Der ewige Blutgeruch, der dem amerikanischen Boden entsteigt, hat die Civilisation jener Länder auf das Schwerste geschädigt, Handel und Wandel empfindlich benachtheiligt und die so wie so schon degenerirte Bevölkerung auf ein noch tieferes moralisches Niveau herabgedrückt. So ist der Revolutionswirrwarr, statt endlich aufzuhören, immer schlimmer geworden, und heute ist es so arg wie nie zuvor. Brasilien hat noch keine Zeit gehabt, sich von den Schlägen des letzten Bürgerkrieges zu erholen, und schon droht wieder ein neuer schwerer Konflikt zwischen Argentinien und Chile auszubrechen. Offiziös ist zwar versichert worden, daß eine Kriegsgefahr nicht vorhanden sei. Dies Dementi ist aber nur so zu verstehen, daß für den Augenblick das Losschlagen voraussichtlich noch verhütet werden wird. Im Uebrigen besteht nach zuverlässigen Nachrichten kein Zweifel darüber, daß die Beziehungen zwischen den beiden Staaten hochgradig gespannt sind. Der aggressive Theil scheint diesmal Argentinien zu sein. Die feindselige Stimmung der argentinischen Bevölkerung gegen die Chilenen — irgend ein leidiger Grenzstreit bildet den Köder, auf den sich der Chauvinismus festbeißt — wird durch hetzerische Schriften und Zeitungsartikel künstlich geschürt, in denen offen ausgesprochen wird, daß der Krieg mit Chile zu einer unvermeidlichen Nothwendigkeit geworden sei. Die argentinische Kriegspartei ist jedenfalls sehr mächtig, und wenn es auch zur Zeit noch dem anscheinend friedliebenden derzeitigen Präsidenten gelungen ist, den unmittelbaren Ausbruch eines Krieges hintanzuhalten, so muß man doch für die Zukunft jeden Augenblick auf ernste Weiterungen gefaßt bleiben. Auch in Peru, das soeben erst einen einjährigen sehr blutigen Bürgerkrieg hinter sich hat, scheint nur ein recht unzuverlässiger provisorischer Friede geschlossen worden zu sein. Der Kampf war, wie gewöhnlich, entbrannt um persönliche Machtfragen. Es gelüstete verschiedene Herren nach der Würde eines „Präsidenten", und das ist in Mittel- und Südamerika stets ein ausreichender Grund, um die Fackel des Aufruhrs zu entzünden. Jetzt hat glücklich einer der Prätendenten nach langem Morden und Brennen obgesiegt, aber nun kommt erst die Hauptsache, die Theilung der Beute. Dabei kann dann sehr leicht die Geschichte von vorn wieder anfangen. In den Vereinigten Staaten von Kolumbien ist der Aufruhr in vollem Gange. Die jetzige Union scheint sich schon überlebt zu haben, und die einzelnen Staaten möchten sich zur Veränderung wieder einmal unabhängig machen.

Derjenige Theil der Bevölkerung, der bei den fortwährenden Unruhen in Mittel- und Südamerika die eigentliche Triebkraft darstellt, sind die spanisch-kreolischen Elemente. Dieser degenerirte Menschenschlag ist unfähig zu ernster ausdauernder Arbeit und zum ordnungsmäßigen Beisammenleben innerhalb eines stetig regierten Staatswesens. Sie müssen intriguiren, Verschwörungen anzetteln, Präsidenten stürzen, wenn sie sich wohl fühlen sollen. Ihnen sagt nur ein Abenteurerleben voll wilder Aufregungen und steter Abwechselung zu. Ihr ganzes Dasein ist nur auf den Schein berechnet. Sie sind geborene Bramarbasse, und das hohle Pathos gilt ihnen Alles. Einen bezeichnenden Vorgang nach dieser Richtung erzählt Gerstäcker. Als vor Jahren einmal in Bolivia revoltirt wurde, ging ein ehemaliger preußischer Leutnant hinüber, um die Mannschaften der einen Partei einzuexerziren. Er gab sich auch alle Mühe, seinen Pfleglingen europäische Disziplin beizubringen, aber vergeblich. Die Wackeren stellten eines schönen Tages mitten während der Uebungen plötzlich die Gewehre hin und liefen auseinander. Darauf erklärte ein bolivianischer Offizier dem Preußen, er wolle ihm einmal zeigen, wie man es dort zu Lande machen müsse, und nun trommelte er die Leute zusammen und hielt zunächst eine schwungvolle Ansprache etwa in folgender Form: „Ruhmreiche Söhne Bolivias! (Notabene lauter zerlumpte und zerfetzte Kerle in Phantasiekostümen.) Ihr seid der Stern Eures Landes, die Größe der Nation. Der Feind zittert vor Euch, wenn er Euch nur sieht, und Ihr habt nur einen einzigen Fehler: Ihr seid zu tapfer." In dieser Tonart ging es fort, und siehe da! Alsbald hielten die ruhmreichen Söhne Bolivias einen ganzen Tag das Exerzitium aus. Das Ideal dieser Elemente ist eine goldstrotzende, mit lächerlichem Prunk überladene Uniform. Wenn sie eine solche erwischen können, sind sie selig, und manch' Einer wünscht nur deshalb „Präsident" zu werden, um sich in der Uniform wie ein gespreizter Pfau bewundern lassen zu können. Im Kriege zeigen die so zusammengewürfelten Truppen eine schmachvolle, die ganze Menschheit schändende Grausamkeit. Die Feder sträubt sich, die Scheußlichkeiten auch nur anzudeuten, die z. B. in dem letzten brasilianischen Aufstand begangen worden sind. Die entfesselte Bestie im Menschen kann nicht roher, blutdürstiger, viehischer zu Tage treten als in den Schreckensscenen, die in den amerikanischen Revolutionen und in den Kriegen der Staaten untereinander verübt werden. Dabei ist der Eine so schlimm wie der Andere. Die Offiziere und Mannschaften sind sich gegenseitig werth, und die rivalisirenden „Präsidenten" thun ebenfalls das Ihrige, um im Punkte der Unmenschlichkeit hinter ihren Anhängern nicht zurückzubleiben.

Diese heillosen Zustände hindern aber die amerikanischen „Republiken" keineswegs, nach außen hin mit der größten Anmaßung gegenüber den civilisirten Mächten aufzutreten. Bisher hatten die europäischen Regierungen leider die Gepflogenheit, jenen Republiken allerlei durch die Finger zu sehen, was nach den übertünchten europäischen Begriffen eigentlich als schwere Herausforderung zu gelten gehabt hätte. Dadurch ist den amerikanischen „Kanadiern" dermaßen der Kamm geschwollen, daß sie schließlich glaubten, sie brauchten blos mit den Sporen zu klirren und mit dem Säbel zu rasseln, um die europäischen Regierungen vor der Machtfülle des mittel- und südamerikanischen Republikanismus unfehlbar zu Kreuze kriechen zu machen. Diese Illusion scheint aber neuerdings gründlich zerstört werden zu sollen. Zunächst hat Frankreich die diplomatischen Beziehungen zu Venezuela abgebrochen infolge einer höchst unangemessenen Behandlung seines dortigen Vertreters durch den venezuelischen Präsidenten. Die französische Republik wird den diplomatischen Verkehr mit Venezuela nicht eher wieder aufnehmen, als bis ihr eine völlig ausreichende Genugthuung geleistet worden ist. Ferner hat die englische Regierung mit Nicaragua ein Hühnchen zu pflücken. Die Regierung von Nicaragua hat es sich beikommen lassen, einen britischen Konsul kurzer Hand ohne ausreichenden Grund in's Gefängniß zu setzen. Das Londoner Blatt Kabinet hat daraufhin an Nicaragua ein Ultimatum gerichtet, dessen Frist am Ostermontag abgelaufen ist. Unterwirft sich Nicaragua den Forderungen des Ultimatums nicht, so werden englische Kriegsschiffe einen nicaraguanischen Hafen besetzen. England ist also gewillt, den Nicaraguanern die Pflichten der diplomatischen Courtoisie tief in's Wachs zu drücken, damit sie sich ein ander Mal besser darnach richten können. Es wäre aber bedauerlich, wenn es bei diesen Einzelfällen sein Bewenden hätte. Die diplomatischen Zügel müssen von Europa aus allgemein straffer angezogen werden und insbesondere unsere Reichsregierung muß mit dem falschen Grundsatz brechen, daß die Deutschen, die sich nach Mittel- und Südamerika hinüberwagen, es auf ihre eigene Gefahr thun. Ein energischer Wille und eine starke Flottenmacht bringen am Ende auch die amerikanischen „Republikaner" zur Raison. Europa ist stark genug, um in gemeinsamer zielbewußter Aktion den Mittel- und Südamerikanern die Einsicht beizubringen, daß sie Leben und Gut europäischer Staatsangehöriger unter allen Umständen sorgfältig zu achten haben.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 17. April.

Friedrichsruh. In der Rede an die Innungsverbände hob Fürst Bismarck hervor, er habe in den letzten Wochen viele hervorragende Begrüßungen erfahren, aber keine so zahlreiche. Die Verschmelzung der deutschen Interessen stände derart vergegenwärtigt. Ein Fürst sei als Landwirth auch Gewerbtreibender. Die Landwirthe seien von den übrigen Gewerben unzertrennlich. Der Fürst sei der Gewerbegesetzgebung näher getreten, aber an dem Widerstande des Reichstags ermüdet, auch in der Richtung der Gesetzgebung, welche er als das Klebegesetz bezeichnen wolle. Er habe nicht den Gedanken gehabt, daß ein 17jähriger Arbeiter bezahlen sollte für Ergebnisse, die er mit 70 Jahren erwarte; er habe nur die Verantwortung für die Anregung der Idee. Die Gesetzgebung könne Modifikationen schaffen und namentlich die Kleberei beseitigen. Die Herbeiführung einer Besserung sei die Aufgabe der Assoziationen. Das Zusammenhalten der Genossenschaften sei es, worauf er in höherem Grade gerechnet habe, nämlich auf die freiwilligen Innungen. Zwangsinnungen könnten heutzutage nicht mehr in Wirklichkeit gebracht werden, aber die Innungen könnten so ausgestattet werden, daß sie Anziehung hätten. Der Fürst habe früher geglaubt, das Wahlgesetz für das Reich und Preußen auf die Berufsgenossenschaften gründen zu können, so daß jede durch selbstständige Abgeordnete vertreten sei, habe aber kein Verständniß hierfür gefunden. Der Fürst erinnerte daran, daß ihm unter dem Regimente Windthorst's ein Hilfsarbeiter abgelehnt worden sei, lediglich weil er ihn beantragte und brauchte; es sei jetzt dieselbe Mehrheit im Reichstage. Ein Gegenmittel sei nur in der Ermannung der Bevölkerung und Wählerschaft gegeben und dann wären die Innungen und Berufsgenossenschaften die geeignete Grundlage. Der Fürst empfiehlt engen Zusammenschluß gegenüber Denjenigen, die nichts thun, als Reden halten und abstimmen. Die praktischen Leute sind die wirklichen Erwerber und deshalb bitte ich Sie einzustimmen, wenn ich sage: Alle erwerbenden Stände leben hoch, der Nährstand in der weitesten Ausdehnung!

Berlin. Der Kaiser stattete gestern Nachmittag der Königin von Sachsen einen Besuch ab. Heute besuchte die Königin von Sachsen mit dem Fürsten von Hohenzollern, der Gräfin von Flandern und dem Prinzen und der Prinzessin von Hohenzollern die Kunstausstellung von Eduard Schulte, Unter den Linden. — Das Befinden der Kaiserin hat sich erheblich gebessert, doch hütet dieselbe aus Schonungsrücksichten vorläufig noch das Zimmer. — Der greise Herzog von Sagan ist von seiner schweren Krankheit wieder völlig genesen. — Der Reichstagsabgeordnete Freiherr von Stumm, der hier schwer erkrankt war, begiebt sich morgen zu längerem Aufenthalt nach Karlsbad. — Herr von Kardorff, der zum 1. Juli sein Landrathsamt niederlegt, wird, wie gerüchtweise verlautet, die Stellung als Generalbevollmächtigter eines schlesischen Magnaten annehmen. — Zur Stichwahl in Altena hat die antisemitische Vertrauensmännerversammlung Stimmenthaltung beschlossen. — Zu dem Friedensvertrag zwischen Japan und China bemerkt die „National-Zeitung": Die Bestimmung, daß den Japanern, also doch wohl diesen ausschließlich, die Anlage von Baumwollenfabriken und anderen industriellen Etablissements in China gestattet sein soll, sei zusammen mit der Bestimmung des Vertrages über die Likinabgaben, geradezu verderblich für den europäischen Handel, da sie jede Konkurrenz aus dem Felde schlagen müsse. Nach den bestehenden Verträgen unterliegt die gesammte Einfuhr in China Gewichts- oder Maßzöllen, auf welche bei Versendung in das Inland zur Begleichung sämmtlicher Inlandszölle noch ein Transitzoll von 50 Prozent des Einfuhrzolles geschlagen wird, wenn der Importeur nicht die Bezahlung der Binnenzölle vorzieht. Japan nun habe sich, wie die „National-Zeitung" aus guter Quelle wissen will, ausbedungen, daß es für seine Einfuhr künftig mit der Zahlung von 2 Prozent der Selbstkosten sämmtliche Inlandsabgaben begleichen könne. Bei der Billigkeit der Löhne in Japan, der verhältnißmäßig kurzen Entfernung desselben von China würde schon gegen die japanische Einfuhr kein anderes Land aufkommen können, wie viel weniger gegen die in China selbst arbeitende japanische Industrie. — Der Kaiser hat neue Bestimmungen über die Beschwerdeführung der Offiziere, Sanitätsoffiziere und Beamten des Heeres genehmigt und bestimmt, daß die Vorschriften über den Dienstweg und die Behandlung von Beschwerden für Militärpersonen des Heeres und der Marine sowie der Civilbeamten der Militär- und Marine-Verwaltung vom 6. März 1873, soweit sie die Armee betreffen, nunmehr völlig außer Kraft treten. — Das Erdbeben in der Nacht vom 15. d. M. ist von den Instrumenten des meteorologisch-magnetischen Observatorium in Potsdam aufgezeichnet worden. Der wesentlich von Süd nach Nord gerichtete Stoß setzte 11 Uhr 20 Minuten mitteleuropäischer Zeit sämmtliche Magnetnadeln in Schwingungen. — Heute wurde auf dem neuen Markt in Berlin der Grundstein zu dem Luther-Denkmal gelegt. Von einer besonderen Feier des Aktes war Abstand genommen worden, da Aussicht vorhanden ist, in längstens acht Wochen die Enthüllung des Denkmals mit entsprechender Feierlichkeit vornehmen zu können. — Am Dienstag hat sich hier eine deutsche Mittelstandspartei konstituirt. Das Programm, welches Stellung gegen unlauteren Wettbewerb, Bauschwindel, Gefangenhausarbeiten, Submissions- und Konsumvereinsunfug, sowie gegen die Offizier- und Beamtenwaarenhäuser, ferner Reform des Handelsministeriums mit Vertretung durch Ingenieure, Kaufleute und Handwerker, Reform der Börse und der Konkursordnung, Eintreten für die Erhöhung der Gehälter der mittleren und kleinen Beamten, Erhaltung der Bauerngüter, Besserung der Wohlfahrtsgesetze, sowie des Erziehungs- und Schulwesens, Hebung der Volksgesundheit und Förderung einer Organisation für das Handwerk fordert, wurde mit der Erwartung angenommen, daß auch noch der weitere Ausbau des progressiven Steuerwesens, insbesondere hinsichtlich der Gewerbesteuer, um die Großindustriellen mehr als bisher hierzu heranzuziehen, die Verstaatlichung der Reichsbank, Stellungnahme gegen den Bauschwindel und gegen den Bodenwucher, sowie Forderung von Diäten für die Reichstagsmitglieder darin aufgenommen werden. Nach Ueberzeugung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung", die in diesem Punkte offenbar die Anschauung des Reichskanzlers vertritt, wird nicht darauf gerechnet werden können, daß die verbündeten Regierungen sich mit der Ausscheidung des § 113 aus der Reihe der im § 111a der Vorlage aufgestellten Paragraphen des Strafgesetzbuches — die Vergehen behandeln, deren Anpreisung oder Rechtfertigung künftig unter Strafe fallen soll — einverstanden erklären. Wenn ein Paragraph mit vollem Recht und unabweislich bei der in Rede stehenden Erweiterung des Strafgesetzbuches in eine Vorlage, welche die Umsturztendenzen stärker bekämpfen will, gehört, dann ist es der § 113, der sich gegen thätliche Angriffe auf Beamte und gewaltsamen Widerstand, der Beamten geleistet wird, wendet. Ferner sei es nach der einfachsten juristischen Logik nicht angängig, die Anreizung zum Ehebruch durch seine Rechtfertigung mit Strafe zu belegen, wenn der Ehebruch selbst nach unserem Strafgesetzbuch nur bedingungsweise bestraft werde. Die Einreihung auch des § 166 in den § 111a der Vorlage müsse entbehrlich erscheinen, weil die Anpreisung oder Rechtfertigung einer Gotteslästerung wohl ausnahmslos selbst die Kriterien einer Gotteslästerung darbieten und somit unmittelbar unter die in § 166 festgestellte Strafe fallen werde. Endlich wird es wünschenswerth sein, daß man die von der Kommission beschlossene neue Fassung des § 166 fallen lasse und den Schutz der Religion wegen beschimpfender Aeußerungen und öffentlicher Angriffe, die in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise erfolgen, wieder, wie nach der Regierungsvorlage beabsichtigt, in den 2. Absatz des § 130 hineinnehme. Jedenfalls hält es die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" für ausgeschlossen, daß die Ausdehnung der neuen Strafbestimmung auch auf die Beschimpfung der Lehren einer der christlichen Kirche angehörenden oder einer anderen mit Korporationsrechten innerhalb des Landesgebiets bestehenden Religionsgesellschaft aufrecht erhalten bleibe. — Die „Kreuzzeitung" sagt im Anschluß an einen Artikel Buchka's über die Umsturzvorlage in den „Mecklenburger Nachrichten": „Herr von Buchka betont mit Recht, daß die konservative Partei sich von der Umsturzvorlage nicht viel versprochen habe und wir müssen gestehen, daß uns die Kommissionsverhandlungen mehr und mehr davon überzeugt haben, daß auf dem Boden des gemeinen Rechts ein ausreichend wirksamer Schutz gegen die Umsturzbestrebungen nicht zu erreichen ist, um so weniger wird es mit der jetzigen Vorlage der Fall sein, so

Pfund's sterilisirte (keimfreie) Kindermilch. Dresdner Molkerei Gebr. Pfund, Bautznerstr. 79. Zweckm. Fütterung